

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

11.10.1923 (No. 233)



Wagnispreis (freibleibend) durch Träger Nr. 135 000 000; (b. d. Abholstelle in Karlsruhe 125 000 000).

# Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: 1. Halbt., 1 mm hoch, 60 W., im Rest... 200 000. Abzug von 10% im Voraus zu bezahlen.

Verlegerin und Herausgeberin: M. G. „Badenia“ (Wilhelm Johner, Direktor), Notationsdruck der „Badenia“ M. G., Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Erscheint wöchentlich einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familien- und Frauenklub“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptredaktion: J. Th. Meyer, Verantwortlich für den politischen Teil: E. H. Meyer für den Nachrichtenenteil, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. G. A. Berger für die Anzeigen: J. W. Ziegler, sämtliche in Karlsruhe.

## Die Sonderaktion der Ruhrindustriellen. Ein mißglückter Aberrumpelungsversuch. Stinnes und Konsorten verhandeln mit Degoutte. Der Dementierapparat in Tätigkeit.

Es hielt einigermassen schwer, sich aus den Meldungen über die Aktion der Ruhrindustriellen ein klares Bild zu machen. Man wollte es zuerst einfach nicht glauben, daß es Leute — und zwar keine z-belebigen Müller oder Schulze — geben könne, die just die heftigste Situation des Reiches zum Stichwort für ihr — sagen wir es jetzt ruhig — unnatürliches Verhalten machten. Die Reichsregierung schneide sozusagen in der Luft, hatte den festen Boden der parlamentarischen Sitzung unter ihren Füßen verloren und insbesondere im entscheidenden Ruhrgebiet türnte sich Schwierigkeit über Schwierigkeit, da man das seit der Besetzung gestörte wirtschaftliche Leben wieder mit Hilfe der Franzosen wieder in Gang zu bringen suchte. Der Menschheit ganzer Kammer möchte einen anfasseln, wenn man die im Krieg sich wild austobenden Machtinstinkte der Schwerindustrie wieder am Werke sieht und zwar ganz wie damals, ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit und das vaterländische Wohl.

Zwei getrennte Vorläufe sind dabei zu unterscheiden: den einen unternehmen Stinnes, Köglar, Klöcker und Konsorten, den andern die Gruppe Otto Wolf-Pöhnitz. Wir haben schon über die Düsseldorf Verhandlungen der ersten mit General Degoutte berichtet, Verhandlungen, die — ob gewollt oder ungewollt — ohne Wissen und Willen der Reichsregierung geführt worden sind. Eine von der Stinnes-Seite sichtlich inszenierte Darstellung wollte glauben machen, General Degoutte habe von den deutschen Unternehmern und Arbeitern den Gehorsam zu erlangen für das Ruhrgebiet verlangt. Die Gründe, die hinter dieser fogleich verächtlich erscheinenden Darstellung stehen, sind allerdings zu durchsichtig, als daß man der angeblich französischen Forderung unbedingt hätte Glauben schenken können. Der Wortworts trifft wohl das Richtige, wenn er demgegenüber schreibt:

„In Wirklichkeit hat Stinnes bei den Verhandlungen, die zwischen ihm, Klöcker, Köglar und dem General Degoutte in der letzten Woche in Düsseldorf stattfanden, an den französischen General das Erlauchen gerichtet, die deutschen Ruhrindustriellen bei der Einführung der Vorkriegsarbeit zu unterstützen. Was aber hat der französische General darauf geantwortet? Die Regelung der Arbeitszeit sei nicht Frankreichs Angelegenheit, sondern Gegenstand der deutschen Gesetzgebung. Bei dem Ruhrstreik habe Frankreich erklärt, es werde die deutschen Gesetze und Verordnungen achten. Von diesem Standpunkt weiche er nicht ab, besonders nicht, da der Achtstundentag im Versailles Vertrag ausdrücklich anerkannt sei.“

Wenn die Ruhrindustriellen wirklich Erfolg gehabt hätten, dann kann man sich das Ausmaß dessen, was im Gefolge des Eingriffs in das Arbeitsrecht geschehen wäre, an den fünf Fingern abzählen. Alle Rechte, die sich die Gewerkschaften endlich teuer erkunden haben, wie Tarifverträge, die Demobilmachungsverordnungen bezüglich des Entlassungsrechtes usw. wären wie Solzhäute davongeschwommen, ganz abgesehen davon, daß die gesamte Volkswirtschaft den einseitigen Interessen der Wirtschaftsgewaltigen überantwortet worden wäre. Vor allem aber wäre die Initiative und Ueberwachungsstätigkeit des Staates fast gestellt worden. Denn da das Ruhrgebiet nun einmal führend und tonangebend für das Gebahren unseres wichtigsten Wirtschaftszweiges, eben der Großindustrie, ist, hätte das Beispiel der Ruhrmagnaten im ganzen übrigen Deutschland Schule gemacht. Es ist schon so, wie die Frankfurter Zeitung es nennt, daß die Forderungen der Industriellen der Auslieferung staatlicher Hoheitsrechte an einzelne Unternehmerrgruppen gleichkommen.

Auf eigene Faust, ohne daß Verhandlungen mit Arbeitern und Angestellten vorausgegangen wären, wollten die Grubenbesitzer des rheinisch-westfälischen Bergbaues vom 9. Oktober ab die Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tage, auf 10 Stunden über Tage erzwingen und ließen einen entsprechenden Anschlag bereits auf den Werken anbringen. Die Erregung darüber unter der Arbeiterenschaft und das Verbot des preussischen Handelsministers, die Anordnung auf den staatlichen Gruben zu befolgen, haben inzwischen die Zurücknahme der fatalen Anordnung erwirkt. Es spricht Bände für die unsoziale, ja unfaire Gesinnung der Industrie-magnaten, daß sie ausgerechnet die zermürbte Stimmung überall im Reich und gerade auch unter den Gewerkschaften des Ruhrgebietes benutzen wollten, um flugs einen Machtanspruch von allergrößter Tragweite zu verhängen.

Den zweiten Vorstoß, der freilich nur das Interesse des Reiches berührt, unternahm die Gruppe Otto Wolf-Pöhnitz, die über den Kopf der Reichsregierung hinweg einen Kohlenlieferungsvertrag mit Frankreich auf Reparationskonto abschloß. In diesem Vertrag wird über die Kohlensteuer verfügt, werden Einzelheiten über Reparationslieferungen vereinbart, es werden Bestimmungen über Ausfuhrbeschränkungen, über die Verlieferung der Regiebahnen getroffen, wie wenn die Instanz, die über diese politischen Fragen Entscheidungen zu treffen hat, nicht die deutsche Reichsregierung, sondern Herr Otto Wolf und sein Konzern wäre. Das

mit der Reichsregierung geführt worden sind und die Reichsregierung über alle Phasen derselben unterrichtet worden ist. Die Verhandlungen waren im Interesse des besetzten Gebietes zwecks sofortiger Aufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet dringend erforderlich. Sie sind in durchaus deutschem Geiste geführt und verdienen den Dank des gesamten Volkes.“

Auch der deutschnationale Berliner Lokalanzeiger bezieht sich in Erfahrung zu bringen, daß in den Kreisen der Regierung das Vorgehen der Ruhrindustriellen als durchaus loyal bezeichnet wird. Es bleibt aber eine amtliche Erklärung hierüber abzuwarten, bis man die aus dem ganzen bisher veröffentlichten Material notwendige zu folgernden Schlüsse wird revidieren müssen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die heute nur noch ein Stimmes-Organ ist, dementiert allerdings auch auf bestimmte die bisherigen Darstellungen. Sie beruhten größtenteils auf Berichten der feindlichen Auslandspresse.

### Die Wirtschaftskrise im Ruhrgebiet.

Esien, 10. Okt. Auf den Forderungen des Ruhrgebietes, soweit sie in Betrieb genommen sind, sind die Belegschaften gestern früh allgemein wie bisher eingefahren. Soweit sich bei der schwierigen Verkehrsverhältnissen im Ruhrgebiet im Laufe des Nachmittags feststellen ließ, ist es nirgends zu Zwischenfällen oder Demonstrationen gegen die von den Forderungen geforderte Verlängerung der Schichtzeit gekommen. Dagegen sind auf fast allen Werken die Belegschaften entschlossen, entsprechend den Anweisungen ihrer Gewerkschaften nicht länger als bisher zu arbeiten und nach Beendigung der bisherigen tariflichen Arbeitszeit wieder auszufahren. Ob dieser Beschluß allgemein durchgeführt wird, muß sich erst zeigen. Nachdem der Widerstand abgebrochen und die Finanzierung der Ruhrhilfe bereits wesentliche Einschränkungen erfahren hat, tritt die schwere Wirtschaftskrise, in der sich die rheinisch-westfälische Industrie befindet, mit aller Schärfe in Erscheinung.

In der Eisen- und Metallindustrie ist zudem auf Grund einer Vereinbarung mit dem Reichsarbeitsministerium für die laufende Woche eine starke Verkürzung der Arbeitszeit in der Weise eingeführt worden, daß in dieser Woche nur zwei Schichten zu acht und zwei Schichten zu sieben Stunden vorkommen und bezahlt werden. Mit dieser Regelung sind Anträge auf Kurzarbeiterunterstützung abgelehnt. Wer trotzdem Anspruch auf eine solche Unterstützung erhebt, wird in der nächsten Woche überhaupt nicht beschäftigt und auf die verminderte Arbeitslosenunterstützung der Gemeinden verwiesen. Entsprechend dieser Vereinbarung ist auf sämtlichen Werken der Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, die Arbeitszeit verkürzt worden. Die Kruppischen Werke beschäftigen ihre gesamte Belegschaft in der laufenden Woche nur sechs Stunden täglich. Die Samstagsschicht fällt ganz fort. Auch in der Metallindustrie ist es bisher nirgendwo zu Zwischenfällen gekommen. In der letzten Verhandlung mit den Gewerkschaften erklärten die Unternehmer, daß eine beschränkte Arbeitszeit durchgeführt werden müsse. Die Leistung der Werke müsse mit der Gegenleistung in Einklang gebracht werden. Die Gehälter würden zum Teil nicht mehr voll gezahlt werden können. Vor allem könnten auch die Angestellten nicht mehr voll beschäftigt werden. Es steht aber noch nicht fest, wann die Kurzarbeit für die Angestellten eintreten wird.

### Der Kampf um die Schichtzeit.

Gelsenkirchen, 11. Okt. Der Verein christlicher Bergarbeiter veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Arbeitnehmerschaft des Ruhrbergbaus war von dem Diktat der Ruhrgrubenbesitzer vollkommen überrollt. Eine solche Tat hätte man im jetzigen Augenblick den Unternehmern nicht zugehört. Das Vorgehen der Unternehmer wird deshalb von den Arbeitnehmern und jedem rechtlich denkenden Bürger als frivol und ungeheuerlich bezeichnet. Kennen die Unternehmer das am 17. Juli 1922 im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Gesetz über die unterirdische Arbeitszeit nicht oder erklärt für gewisse Großindustrielle kein deutsches Reichsgesetz mehr? Außerdem besteht zwischen den Bergwerkverbänden und dem vertratensschließenden Bergarbeiterverbänden ein Tarifvertrag, in dem die allgemeinen Arbeitsbedingungen für den Ruhrbergbau niedergelegt sind. Dieser Tarifvertrag ist von den Bergwerkverbänden nicht gekündigt worden. Im Ruhrbergbau besteht also nach wie vor die tarifliche Arbeitszeit. Diese tarifliche festgelegte Dauer der Arbeitszeit hat der Bergwerkverband mit seiner Unterschrift anerkannt. Der Vertrag gilt für alle bergbauähnlichen Betriebsanlagen der dem Bergwerkverband angehörenden Betriebe einschließlich ihrer örtlich und organisch zusammenhängenden Betriebe.“

### Reparation und Ruhrbesetzung.

Die Ruhrbesetzung hat die deutsche Leistungsfähigkeit für Reparationszwecke stark geschwächt. Noch lassen sich die ungeheuren Schäden nicht übersehen; aber es ist Pflicht der Regierung, in einer Art Zwischenbilanz bereits jetzt diese Einbußen einmal zusammen zu zählen. Dies besonders bedürfen wir einer Aufstellung über die beschlagnahmten Summen. Auf diese Dinge wird im Rahmen des Zentrums der Abg. Schreiber im Haushaltsauschuß hin. Er verlangte von der Regierung die Vorlage einer entsprechenden Denkschrift. Gleichzeitig

### Vom Tage.

Die Fraktion der D.D.R. legt gegen die Presseangriffe gegen Stinnes und Dr. Köglar Verwahrung ein, da sie ungerechtfertigt seien.

Der Reichstag wird sich Donnerstag nächster Woche mit dem Arbeitszeitgesetz befassen.

Auf der kritischen Reichskonferenz wird heute Lord Robert Cecil eine große Rede über den Völkerbund halten.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt (Soz.) soll zum Juvillkommis für Sachien ernannt werden. Die Unterzeichnung wichtiger englisch-russischer Handelsabkommen (Getreidelieferungen usw.) steht bevor.

Der deutsche Gesandte v. Wiedfeld wird in einigen Tagen dem Präsidenten Coolidge den Entwurf eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrags vorlegen, in welchem sich beide Nationen einander das Recht der Weisheitsbegünstigung gewähren.

Das Reichskabinett befaßt sich gestern Abend mit den Verhandlungen, die aufgrund des heute im Reichstag zu verabschiedenden Ermächtigungsgesetzes erlassen werden soll. Auch der deutsche Schritt in Paris und Brüssel, sowie die Arbeitswiederaufnahme im Ruhrgebiet wurden besprochen.

Der Reichstag genehmigte gestern den 4. Nachtrag zum Reichshaushalt, in dem 30 000 Billionen angefordert werden.

Sollte nach den Ausführungen des Redners die Denkschrift auch die Reparationsleistungen enthalten, die trotz und während der Ruhrbesetzung getätigt haben, z. B. in den Kohlenlieferungen an Italien. Es sei an der Zeit, sowohl die Leistungen wie die unerwünschten Schäden möglichst in die außenpolitische und volkswirtschaftliche Erörterung zu werfen. Der Abg. Cuno (Deutsche Volkspartei) stimmte den Ausführungen zu. Die Regierung erklärte ihr Einverständnis. Der Zentrumsantrag fand einstimmig Annahme.

### Beschlüsse des Reichstags.

Berlin, 11. Okt. Auf der Tagesordnung der getrigen Plenarsitzung stand zunächst die 2. Lesung des 4. Nachtrags zum Reichshaushalt. Ursprünglich wurden 30 000 Billionen neu angefordert. Diese Summe soll aber dem Steigen des Dollars entsprechend weiter erhöht werden. Es handelt sich um Mittel zur Beschaffung von Getreide, um Ausgaben für Ruhrschäden, sowie notwendige Geld für Beamtengehälter und Betriebsmittel zur Weiterführung der Reichsbetriebe. Der Ausschuss schlägt eine Entschleunigung vor, welche die Länder erachtet, die Zahlungen für die Kultur-, Len und sozialen Belange und die Zahlungen an Revisionsgesellschaften mit Beschleunigung erfolgen zu lassen. Ferner wird eine Denkschrift gefordert über die durch die Ruhrbesetzung entstandenen Beschlagsmaßnahmen und die Reparationsleistungen während dieser Zeit. Der 4. Nachtragsetat will durch Anleihen und Reichsdarlehensverleihen 587 416 Billionen flüssig machen, wovon 30 000 Billionen zum Erwerb der notwendigen Brotgetreidevorräte bestimmt sind. Der Nachtragsetat wurde in 2. und 3. Lesung angenommen. Angenommen wird ferner der Entwurf zur Erhöhung der Paktgebühren.

Einstimmige Annahme findet ein Antrag Esser (Zentr.), der die Reichsregierung erucht, die in Betracht kommenden Ressorts unverzüglich anzuweisen, Zahlungen aus öffentlichen Arbeiten und Lieferungsverträgen unter Aufhebung entgegenstehender Vertragsbestimmungen in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Goldanleihe, Dollarkontokorrenten) oder durch Einzahlung auf ein wertbeständiges Konto zu leisten. Angenommen werden ferner Entschleunigungen, welche die Reichsregierung eruchen, die Vorhülle der Anstalten für Schul- und Bildungszwecke mindestens in Höhe der Summen zu gewähren, die für die Anstalten der öffentlichen Wohlfahrtspflege ausgeschüttet werden. Weiter wird empfohlen, den Ausbau des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete schleunigst in die Wege zu leiten. Angenommen wird der Gesetzentwurf über die weitere Verlängerung der Verjährungsfrist des See-Versicherungsrechts und der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Vermögensstrafen und -Bußen.

Das Haus vertagte sich auf heute vormittag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung des Ermächtigungsgesetzes.

### Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 11. Oktober. Das Reichskabinett ist gestern Abend zu einer Sitzung zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Beratungen dürften die Verhandlungen gestanden haben, die im Anschluß an die heute zu erwartende Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes sofort erlassen werden sollen. Diese bereits fertiggestellten Verhandlungen werden besonders auf dem Gebiete der Währungsreform, der Beschränkung der Staatsausgaben, sowie in wirtschaftlicher Hinsicht von einschneidender Wirkung sein. Ferner beschäftigte sich das Kabinett mit den eingeleiteten Verhandlungen über die Arbeitswiederaufnahme im Ruhrgebiet und mit dem in Berlin eingetroffenen Bericht unseres Geschäftsträgers in Paris, Herrn v. Hofsch, über seinen gestern bei Poincare unternommenen Schritt.

Stimmungsbericht... durch Träger Nr. 135 000 000; (b. d. Abholstelle in Karlsruhe 125 000 000). wöchentlich. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monats-schluß erfolgen.







Baden.

Sind wir schon so weit?

Darf man mit Recht fragen, wenn man die Nummer 215 der Baudorfer Landbundzeitung vom 6. Oktober liest, in welcher offenkundiger Aufruhr und Widerse...

Wir wundern uns darüber nicht, denn die Hebe, die Tag für Tag in der Schw. Bz. getrieben wird, muß allmählich eine Stimmung erzeugen, daß jeder als „Bauernfeind“ geradmarkt wird, der noch für staatliche Ordnung und persönliche Sicherheit eintritt!

„Das loyale Baden.“

Unter dieser Epithete brachte die Süddeutsche Zeitung kürzlich in ihrer Rubrik „Aus Baden“ eine längere Notiz, die sich mit der bekannten Er...

Zu dem Artikel in Nr. 418 vom 2. Oktober 1923 „Das loyale Baden“ erfuhr ich gemäß § 11 des Pressegesetzes folgendes zu veröffentlichen:

1. Die Besetzung Offenburgs durch französische Truppen und die Zerstückung des Verkehrs zwischen Nord- und Südbaden ist nicht als provokative Antwort auf die Vorstellung der Badischen Regierung wegen der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Appenweier-Offenburg bei der zuständigen französischen Stelle anzusehen.

2. Die Besetzung Offenburgs durch französische Truppen erfolgte bereits mit dem Beginn des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung und zwar als Antwort auf die Einstellung der Ruhr-Strasbourg-Appenweier verkehrenden Eppreuzüge durch das Reichsverkehrsministerium.

3. Auch die Besetzung des Mannheimer Schloßes und die Besetzung der Rheinhäfen von Mannheim und Karlsruhe steht in keinem Zusammenhang mit dem nach Ab-

bruch des passiven Widerstandes von der badischen Regierung unternommenen Schritte. 4. Die Fühlungnahme der badischen Regierung mit der zuständigen französischen Stelle wegen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs erfolgte im Rahmen und im Einverständnis mit der zuständigen Reichsstelle.

Von dem Gebaren der Deutschnationalen in Parlament und Presse hat man den Eindruck, daß sie sich in fortwährenden selbstgemachten und gepflegten Illusionen bewegen. Eine dieser Illusionen ist a. B. die, daß eine Regierung, der nicht Deutschnationale angehören, die nationale Würde nicht wahren könne.

Zur Währungsfrage

Wir sind uns geschrieben: „Es wäre zu wünschen, daß die in Ihrem geschätzten Blatte veröffentlichten Vorschläge des Prof. Gustav Mayr eingehendste Beachtung — auch bei den sogenannten „nahgebenden Stellen“ — finden würden.“

Es wäre zu wünschen, daß die in Ihrem geschätzten Blatte veröffentlichten Vorschläge des Prof. Gustav Mayr eingehendste Beachtung — auch bei den sogenannten „nahgebenden Stellen“ — finden würden. Scheinen doch diese Vorschläge durchaus gesund.

Die Währungsfrage kommt und kommt nicht vom Fleck! Und doch muß bei ihr der Anfang gemacht werden! Hier wäre eine sehr große Aufgabe für das Zentrum!

Da hat Prof. Mayr ganz recht: Die feste Währung kann und muß mit einem Schlage eingeführt werden und muß für das ganze Volk Geltung haben!

Da hat Prof. Mayr ganz recht: Die feste Währung kann und muß mit einem Schlage eingeführt werden und muß für das ganze Volk Geltung haben!

bisher gemachten Vorschläge. Dann hat man die Pflicht, sie zum Besten der Gesamtheit durchzuführen. Briefen muß man sie in jedem Fall, zumal der Wahnsinn des gegenwärtigen Zustandes auf unserem von jeder in der Sache berührten Volk und jeder Moral und Vernunft baren Geldmarkt heute klar vor aller Augen liegt.

Chronik.

Baden. Strübingen, 9. Okt. Am Kaiserstuhl ist die Traubenlese im Gange. Das Ertragnis enttäuscht. Einzelne Rebsortener bekommen fast gar nichts. Der Preis für Trauben beträgt 320-360 Millionen pro Zentner.

Mannheim, 10. Oktober. Bei der Bucherpolizei wurde unter andern wegen Preistreiberi ein Buchhändler angezeigt, weil er für die Werte eines Diktiers eine Milliarde verlangt, obwohl er nach der Schlußzahl nur 240 Millionen hätte fordern dürfen.

Offenburg, 10. Okt. Die Nachricht, wonach General Degoutte den Kraftwagenverkehr zwischen Offenburg und Appenweier untersagt habe, trifft nicht zu.

Offenburg, 10. Okt. Im nach Hünningen jenseits des Rheins hat der 20jährige Sohn eines Maurermeisters seine 17jährige Geliebte erschossen, weil sie 170 von ihm geliehene Franken nicht mehr zurückgeben wollte.

Offenburg, 10. Okt. Die Nachricht, wonach General Degoutte den Kraftwagenverkehr zwischen Offenburg und Appenweier untersagt habe, trifft nicht zu.

Karlsruhe.

Kath. Stadtpfarrgemeinde St. Peter und Paul. Die Stunde der Tat hat geschlagen! Dem Beispiele anderer Städte folgend, ruft der Kath. Presseverein, der durch seine Märchenaufführung im Januar in bester Erinnerung steht, nicht nur die Vorstände sämtlicher katholischen Vereine, sondern auch alle Katholiken zu einer hochbedeutenden Besprechung am Montag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Westendhalle“ zusammen.

Der Windsturm hält morgen (Freitag) abend 8 Uhr im Marienhof (Ecke Karlsstraße-Gartenstraße) einen Bundesabend mit Besprechung der politischen Lage und Feststellung des Winterprogramms.

Baterlandsvorläufer. Als Landesvorräter stand der Tagelöhner Georg Kühn aus Karlsruhe vor dem Reichsgericht in Leipzig. Er hatte seinerzeit bei der französischen Besetzung am Karlsruher Rheinhafen die Anzeige gemacht, daß eine Karlsruher Firma aus ihren Lagern im von den Franzosen besetzten Rheinhafen Lebensmittel in das unbesetzte Gebiet bringe.

„Onkel Bräutigam“-Gastspiel. Etwas noch nicht Erlebtes! So schreibt die Läubinger Chronik über das Gastspiel des erfolgreichsten Onkel Bräutigam-Darstellers Anton Melzer-Biesbaden, welches kürzlich dort stattfand.

das Gastspiel des erfolgreichsten Onkel Bräutigam-Darstellers Anton Melzer-Biesbaden, welches kürzlich dort stattfand. Wie wir nun erfahren, wird Herr Melzer am kommenden Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, auch bei uns im Eintrachtsaal ein einmaliges Gastspiel geben.

Strassenbahnfahrpreiserhöhung. Es wird allmählich langweilig, jede neue Heraufhebung der Tarife der städtischen Strassenbahn hier anzugehen. Ja damals, als unsere Markt anfang, zu kränkeln, da war es ein Ereignis, ein- oder zweimal im Jahr von einer Erhöhung der Strassenbahnfahrpreise in fetten Lettern zu berichten.

Landestheater. Das Schauspiel „Der Marquis von Keith“, das am Samstag, den 13. Oktober, zur heiligen Eröffnung kommt, gehört zu denjenigen Dramen Franz Beckendorfs, in denen dieser „Schüler der Amoral“ tiefer verstandesvolle Kasser der Sinne wider das Fleiß und die uralten Lebenstriebe die groteske Einseitigkeit und wahrhafte Vergertheit seiner Welt- und Lebensanschauung in all ihrer fränkischen Kraft darstellt.

- Dollar in Frankfurt am 10. Okt. (im Devisenfreibrief): 5500 Millionen. Dollar in Berlin am 10. Okt. (amtlicher Kurs): 2 967 563 500 (Geld), 2 982 437 500 (Brief). Goldmark am 10. Okt. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs: 1 Dollar = 4,20 M. Vorkriegsmark: 710 104 167 Papiermark.

Wetterbericht der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 12. Oktober, nachts: Unbeständig, vielfach noch stark wolfig und noch wiederholt Regen. Dazwischen zeitweilig auflockernd. Fühler, allmählich abflauende Westwinde.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge. Todesfälle. 8. Okt.: Christian Heim, Waffenhändler, Chemnitz, 80 Jahre; Arnold Dehmle, Provinzialamtsdirektor a. D., Chemnitz, 53 Jahre; Alfred, alt 5 Monate, 17 Tage, Vater Max Friedrich Siegrist, Bahnarbeiter. — 9. Okt.: Ida Leopold, alt 36 Jahre, Ehefrau des Postleiters Viktor Leopold; Christine Schöck, alt 76 Jahre, Witwe des Bahnarbeiters Heinrich Schöck. — 10. Okt.: Regine Krebs, alt 77 Jahre, Witwe des Kassendirektors Bernh. Friedrich Krebs.

OSRAM NITRA advertisement featuring a light bulb illustration and text: 'OSRAM muß auf der Glaslocke stehen', 'Gute Beleuchtung unterstützt Auge und Hand.', 'OSRAM NITRA'.

Cure Presse! advertisement with text: 'So wie es war, der sich prompt keine Erziehungsmaßnahme befand, auch nicht die Walburga sprach in Mutter Martha unangenehm, erwerber vergaßen vom Hochzeitsbeweglichkeit des ändern.' and 'Cure Presse!'.



